



Sitzungsvorlage

Nr.:	387/2004
ausgefertigt am:	03.12.2004
Fachamt:	Schulen und Kulturverwaltung
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Sportausschuss– Kreisausschuss

Änderung der Bestimmungen zur Bezuschussung an Vereine für Sportstätten

Die Förderung von investiven Maßnahmen der Sportvereine im Landkreis Cuxhaven vollzieht sich nach den Richtlinien über die Förderung von gemeindlichen Investitionsmaßnahmen und nach den Richtlinien über die Förderung von Investitionsmaßnahmen privater Träger. Beide Richtlinien wurden vom Kreistag am 16.06.1993 erlassen und letztmals durch Beschluss des Kreisausschusses vom 18.09.2001 geändert.

In den vergangenen Jahren war das Antragsvolumen seitens der Vereine stets höher als die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Da vom Kreisausschuss gleichwohl keine Anträge abgelehnt wurden, konnten diese Anträge nur dadurch bewilligt werden, dass im Vorgriff auf die Haushaltsansätze der Folgejahre Absichtserklärungen zur Finanzierung abgegeben wurden. Dieses hatte zur Folge, dass z. B. im Jahre 2003 der Haushaltsansatz in Höhe von 179.000,- € bereits mit Maßnahmen aus Vorjahren in Höhe von 107.700,- € (= 60,1 v. H.) und im Jahre 2004 in Höhe von 95.200,- € (= 53,2 v. H.) belastet war. Für das Jahr 2005 sind auf diesem Wege bereits 78.050,- € verplant (= 43,6 v. H.).

Um diesen Vorgriff auf kommende Haushaltsjahre einzudämmen und dem in dem jeweiligen Haushaltsjahr amtierenden Kreisausschuss eine Entscheidungsmöglichkeit über die Verwendung der Haushaltsmittel geben zu können, wurde entsprechend des Sportausschussbeschlusses vom 20.04.2004 (Punkt 4.1 der Niederschrift) eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese hatte die Aufgabe, die bestehenden Richtlinien zu überprüfen. Dabei sollten Vorschläge erarbeitet werden, um die Förderpraxis der Realität anzugleichen und gleichzeitig die oben geschilderte haushaltsrechtlich bedenkliche Verfahrensweise zu ändern.

Diese Arbeitsgruppe hat am 04.10.2004 und am 18.11.2004 getagt. Als Ergebnis werden folgende Vorschläge und Überlegungen, die einstimmig empfohlen wurden, vorgelegt:

- **Nr. 2.3 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen: Förderung in Höhe von 20 v. H. der anfallenden Kosten und Koppelung an den Anteil der gemeindlichen Förderung**
Zu diesem Punkt bestand Einigkeit darin, diese sinnvolle Verzahnung mit den Leistungen der jeweiligen Gemeinde beizubehalten. Zudem hält die Arbeitsgruppe es für erforderlich, eine Förderung von bis zu 20 v. H. weiterhin als Grundsatz vorzusehen.
Vorschlag: Keine Änderung der Richtlinien.
- **Nr. 4.2 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen: Nutzungsdauer gepachteter Grundstücke**
Nach den derzeitigen Festlegungen müssen Grundstücke, die nicht im Eigentum des Trägers der Maßnahme stehen, diesem mindestens 30 Jahre lang zur Verfügung stehen. Die vom Kreissportbund angewendeten Förderrichtlinien sehen einen Zeitraum von 13 Jahren vor. Es bestand Einvernehmen darüber, den sehr langen Zeitraum von derzeit 30 Jahren zu verringern. Den Vereinen gelingt es insbesondere bei privaten Verpächtern mitunter nicht, diesen langen vertraglichen Zeitraum zu fixieren. Korrespondierend zu Nr. 4.8 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen (Rückzahlungsverpflichtung bei Aufgabe der Sportanlage) wird eine Mindestpachtdauer von 20 Jahren als sinnvoll angesehen.
Vorschlag: In Ziffer 4.2 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen wird hinter dem Begriff „mindestens 30 Jahre“ die Formulierung „bei Anträgen auf Neu-, Aus- und Umbau sowie Sanierung von Sportstätten mindestens 20 Jahre“ ergänzt.

- **Nr. 4.4 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen: Stichtag zur Abgabe der Förderanträge beim Landkreis Cuxhaven**

Während beim Kreissportbund Förderanträge bis zum 31.10. d. J. eingereicht werden müssen, läuft die Antragsfrist beim Landkreis Cuxhaven noch fünf Monate darüber hinaus bis zum 31.03. des Folgejahres. Die vom Kreissportbund aus Gründen der Vereinfachung vorgeschlagene Angleichung dieses Antragsdatums wird nicht für sinnvoll erachtet. Die Vereine beschließen über die in Rede stehenden Baumaßnahmen in der Regel innerhalb der am Jahresanfang tagenden Jahreshauptversammlungen. Aus diesem Grunde ist die bisher vom Landkreis praktizierte Regelung für die Vereine sehr bürgerfreundlich und sollte nicht verändert werden. Die antragstellenden Vereine können je nach Vorlage der Haushaltsgenehmigung sehr kurzfristig Fördergelder abrufen. Eine Änderung dieser Vorschrift ist insofern nicht erforderlich. Unabhängig davon wurde intern vereinbart, die Antragsformulare des Kreissportbundes und des Landkreises zu vereinheitlichen.

Vorschlag: Keine Änderung der Richtlinien.

- **Nr. 5.3.1 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahme: Förderung von Grunderneuerungen**

Bisher wurden vom Landkreis lediglich Grunderneuerungen, nicht aber Sanierungen gefördert. Eine Legaldefinition des Begriffes der Grunderneuerung besteht allerdings nicht. Vom Kreissportbund wurde angeregt, auch Sanierungsmaßnahmen durch den Landkreis als förderfähig anzusehen.

Von der Verwaltung wurde dazu vorgetragen, dass für diesen Fall wahrscheinlich mit einem erhöhten Antragsvolumen zu rechnen ist und die Haushaltsmittel dann erst recht nicht ausreichend bemessen sind. Um dieser Befürchtung in der Praxis gerecht zu werden, wurde seitens der Verwaltung eine Deckelung der Haushaltsmittel auf eine maximal förderfähige Bausumme von 100.000,- € \triangleq 20.000,- € Höchstförder-summe vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird von der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN unterstützt. Die übrigen Fraktionen sowie der Kreissportbund plädieren dafür, die maximal anzuerkennende Bausumme auf 200.000,- € \triangleq 40.000,- € Höchstfördersumme festzulegen und diese zu erproben. Sollte dieser Betrag zu hoch gegriffen sein, könne man nach einer Beobachtungsphase eine Anpassung nach unten vornehmen.

Vorschlag: Der Begriff „Grunderneuerung“ in Ziffer 5.3 sowie in Ziffer 5.3.1 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen und in Ziffer 1.1.1 der Richtlinien über die Förderung von Investitionsmaßnahmen privater Träger wird durch den Begriff „Sanierung“ ersetzt. Die Nr. 5.3.1 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen wird ergänzt um den Satz: „Die förderungsfähigen Baukosten betragen höchstens 200.000,- €.“

- **Nr. 5.3.3 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen: Ausschluss der Förderung bei gewerblicher Nutzung**

Im Rahmen eines Gespräches zwischen dem Kreissportbund und den Vorsitzenden der im Kreistag vertretenen Fraktionen ist der Wunsch formuliert worden, diese Vorschrift um den Aspekt der überwiegend touristischen Nutzung zu erweitern. Ziel ist es, klare Abgrenzungen bereits im Vorfeld der Antragsbearbeitung zu schaffen.

Vorschlag: In Ziffer 5.3.3 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen werden hinter dem Wort „gewerblich“ die Worte „oder überwiegend touristischen“ eingefügt.

- **Nr. 5.3.5 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen: Förderung nur einer zentralen Schießsportanlage je Einheits-/ Samtgemeinde**

In den Jahren seit Anwendung dieser Richtlinien wurden keine Festlegungen getroffen, welche Schießsportanlage einer Einheits-/ Samtgemeinde zentralen Charakter haben soll. Aus diesem Grunde ist diese Regelung in der Vergangenheit nicht angewendet worden.

Vorschlag: Die Ziffer 5.3.5 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen wird ersatzlos gestrichen.

- **Übergangsregelung:**

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, diese neuen Regelungen zum 01.04.2005 in Kraft treten zu lassen und auch für die bis dahin eingehenden Anträge für das Jahr 2005 anzuwenden.

Ob diese Regelungsänderungen geeignet sein werden, die bekannten Probleme insbesondere im Hinblick auf die Haushaltssituation zu lösen, muss sich in der praktischen Umsetzung erweisen. Nicht auszuschlie-

ßen ist, dass bei nicht ausreichenden Haushaltsmitteln Anträge vom Kreisausschuss abzulehnen sein werden. Den Vereinen soll dann aber die Gelegenheit eingeräumt werden, für das kommende Jahr einen Wiederholungsantrag zu stellen. Der Antrag rückt damit aber nicht in der Priorität nach oben.

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinien über die Förderung von gemeindlichen Investitionsmaßnahmen und die Richtlinien über die Förderung von Investitionen privater Träger vom 16.06.1993, zuletzt geändert durch Beschluss vom 18.09.2001 werden wie folgt geändert:

In Ziffer 4.2 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen wird hinter dem Begriff „mindestens 30 Jahre“ die Formulierung „bei Anträgen auf Neu-, Aus- und Umbau sowie Sanierung von Sportstätten mindestens 20 Jahre“ ergänzt.

Der Begriff „Grunderneuerung“ in Ziffer 5.3 sowie in Ziffer 5.3.1 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen und in Ziffer 1.1.1 der Richtlinien über die Förderung von Investitionsmaßnahmen privater Träger wird durch den Begriff „Sanierung“ ersetzt. Die Nr. 5.3.1 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen wird ergänzt um den Satz: „Die förderungsfähigen Baukosten betragen höchstens 200.000,- €.“

In Ziffer 5.3.3 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen werden hinter dem Wort „gewerblich“ die Worte „oder überwiegend touristischen“ eingefügt.

Die Ziffer 5.3.5 der Richtlinien für gemeindliche Investitionsmaßnahmen wird ersatzlos gestrichen.

Diese o. g. neuen Regelungen treten zum 01.04.2005 in Kraft und werden auch für die bis dahin eingehenden Anträge für das Jahr 2005 angewendet.

Bielefeld